Nummer 166

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8, Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 71. Jahrgang Sonnabend, 10. April 1926

Barmat und Meißner.

Den einen hat man, den andern faßt man nicht!

Die moralische Front der Linken ist durch alle die Angelegenheiten, die sich an die Namen Barmat, Bauer usw. knüpfen, an einer wichtigen Stelle so stark eingebeult, daß die Linkskreise ständig auf der Lauer nach Möglichkeiten für Entlastungsoffensiven liegen. In den letzten Wochen wurde der Angriff an zwei Stellen angesetzt: beim Kußmann-Prozeß und bei dem Dresdener Meißner-Prozeß. Der Angriff an der ersten Stelle brach im Anlauf zusammen. Die Angeklagten wurden freigesprochen, und der Tatbestand, der sich aus der Verhandlung ergab, war so sonnenklar, daß die Linkspresse, abgesehen vom „Vorwärts" und wenigen anderen, die in dem mutigen jungen Staatsanwalt Kußmann den Hauptfeind der Barmats hassen, nicht einmal zu dem sonst von ihr so beliebten Mittel der Beschimpfung der Justiz ihre Zuflucht nehmen konnte. Nach dieser Niederlage wird das Trommelfeuer gegen die Kreise und Parteien der Rechten in der Angelegenheit Meißner umso heftiger fortgesetzt.

Um was handelt es sich in dem Falle Meißner? Zur finanziellen Verwaltung des sächsischen Volksopfers, das Ende 1923 der sächsische Wehrkreiskommandeur, Generalleutnant Müller, ins Leben gerufen hatte, wurden der Dr. Meißner und der frühere Hauptmann Löffler berufen. Beide täuschten das Vertrauen, das in sie gesetzt wurde, in der schmählichsten Weise. Sie unterschlugen große Summen aus den Sammelergebnissen des Volksopfers und verwandten sie teils für sich selbst, teils zu Zwecken, zu denen ihre Stifter sie nicht bestimmt hatten. Ein Teil der Summen floß von den sich als reiche Leute aufspielenden Betrügern rechtsstehenden Verbänden zu, die der Auffassung sein mußten, daß das Geld von der sächsischen Industrie stamme, da Dr. Meißner hauptamtlich Geschäftsführer des Verbandes Sächsischer Industrieller war. Die Unterschlagungen fand ans Tageslicht gekommen, die Schuldigen wurden verhaftet und ihren Verbrechen entsprechend sodann zu schweren Strafen verurteilt. Sie sitzen da, wo sie hingehören: hinter Schloß und Riegel. Nun erhebt die Presse der Linken seit Wochen ein großes Geschrei. Der Fall Dr. Meißner sei charakteristisch für die Korruption auf der Rechten, mit Dr. Meißner sei die ganze nationale Bewegung in Sachsen kompromittiert und die rechtsstehenden Verbände, die von Dr. Meißner Gelder empfingen, hätten natürlich gewußt, aus welcher trüben Quelle ihnen diese Hilfe zugeflossen sei. Diese Behauptungen und Vorwürfe sind charakteristisch für die heute so beliebte Methode, in den Kaschen jedes Verbrechers zunächst nach Unterlagen zu suchen, die es möglich machen, ihn irgendeiner Partei anzuhängen, und für die Methode überhaupt, nach der die Linkspresse den innenpolitischen Kampf gegen rechts führt. Schattenseiten gibt es in allen Epochen, Vertrauensbrecher in allen Kreisen, und räudige Schafe in jeder Partei. Es fragt sich nur, wie sie, wenn sie als unreife Mitglieder der Gesellschaft und Schädlinge der Gesamtheit erkannt sind, von ihrer Umgebung behandelt werden. Meißner ist entlarvt und der Justiz übergeben worden. Er büßt sein Verbrechen, niemand schützt ihn, er ist für immer ausgestoßen. Wie aber steht es mit den räudigen Schafen anderer Kreise, zum Beispiel derer, die jetzt die vaterländischen Verbände mit dem Betrüger Meißner identifizieren und, um sie öffentlich herabzusetzen, die erlogene Behauptung aufstellen, diese Verbände hätten gewußt, daß die Hilfsgelder Meißners aus Unterschlagungen stammten? Wie steht es zum Beispiel mit den Barmats? Kein vernünftiger und urteilsfähiger Mensch in ganz Deutschland bestreitet mehr, daß die Barmats Betrüger sind, die den preußischen Staat, die Gesamtheit der Steuerzahler, um ungeheure Summen geschädigt haben. Kein Unbeeinflußter aber verschleiert sich auch der offenkundige Tatsache, daß die Barmats in ihrer Blütezeit unter dem mächtigen Schutz der regierenden Parteien Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei, gestanden haben, und der Haß, mit dem die Linke die Bekämpfer der Barmats verfolgen (siehe Kußmann-Prozeß), ist der schlagendste Beweis dafür, daß die Sozialdemokraten und ihre Freunde sich auch heute noch nicht innerlich von den Barmats trennen. Ihrem Einfluß ist es zu verdanken, daß die Barmats noch immer der gerechten Sühne entgehen sind, und wer die Sitzungen des Untersuchungsausschusses des Preußischen Landtages in der Barmatangelegenheit mitgemacht hat, der konnte nur den einen Eindruck davontragen: daß es das Hauptinteresse der Vertreter der Linken war, das gerichtliche Eingreifen gegen die Barmats zu hindern, das schon dadurch zum Stocken gebracht war, daß die Verfolgung der Barmat-Angelegenheit durch die preußische Regierung den tatkräftigen Händen der Staatsanwälte Kußmann und Caspari entzogen und zu neuer Bearbeitung der Staatsanwaltschaft am Kammergericht übertragen worden ist.

Das ist der Unterschied: Meißner ist gefaßt und vor Gericht gebracht worden, sitzt im Gefängnis und ist ausgestoßen, für die Gebrüder Barmat aber wird von denen, die mit ihnen kompromittiert waren und die noch immer nicht von ihnen lassen können, eine Entlastungsoffensive nach der anderen unternommen. Nur die Strafjustiz, die einzig zuständige, wird nicht zum Durchgreifen zugelassen.

Dr. J.

Der Friedensschwindel mit Marokko.

Der auf die Täuschung der Oeffentlichkeit abgelegte Schwindel der französisch-spanischen Friedensverhandlungen mit den um ihre Freiheit kämpfenden Marokkanern ist in vollem Gange. Den französischen Sozialisten soll die Möglichkeit geboten werden, ihren Wählern zu sagen, daß die französische Linksregierung bereit sei, in Marokko Frieden zu machen. Wie dieser Frieden in Wirklichkeit jedoch aussehen soll, geht aus den Waffenstillstands- und Friedensbedingungen hervor, die die französische offizielle Nachrichtenagentur andeutet. Danach soll die Hauptbedingung für den Waffenstillstand die Entfernung der für die Erhebung verantwortlichen Führer sein. Das heißt also, die Rifstämme sollen ihren Freiheitshelden Abd el Krim und die anderen bisherigen Führer verraten und preisgeben. Die Hauptfriedensbedingung soll sein, die Entwaffnung der Stämme im Rifgebiet und fremde militärische Kontrolle, also Belegung des Gebiets mit spanischen und französischen Garnisonen. Das ist gleichbedeutend mit der vollen militärischen Unterwerfung der Rifstämme und der militärischen Zwangsherrschaft Frankreichs und Spaniens in dem durch den Aufstand berühmten Marokko.

Die Spanier benehmen sich anständig in der Sache. Primo de Rivera hat niemals gelogen, sondern ehrlich gesagt, daß er die endgültige Unterwerfung des Rifgebiets als die einzige dauerhafte Lösung erstrebt. Die Franzosen dagegen lügen wieder und suchen mit schönen Redensarten darüber hinwegzutäuschen, daß sie genau dasselbe wollen wie die Spanier.

Sollten die Rifkabylen nicht am Ende ihrer Kräfte sein, so ist an Beendigung des Marokkokrieges unter solchen Bedingungen garnicht zu denken. Aber die französischen Sozialdemokraten werden vielleicht den offiziellen Schwindel der Friedensbereitschaft benutzen, um ein Kabinett des Linkskartells vielleicht unter Herriot zu ermöglichen und selbst auf die Ministersitze zu gelangen. Wenn es nur die dummen Wähler nicht merken.

Folgende Telegramme liegen uns hierzu vor:

Paris, 10. April.

Nach einem Bericht von Havas ist anzunehmen, daß unter den Programmpunkten für die Verhandlungen zwischen Vertretern der Rifleute und Vertretern Frankreichs und Spaniens die folgenden zu finden seien:

1. Abschluß eines militärischen Waffenstillstandes nach Besetzung von bestimmten Stellungen.
2. Unverzüglicher Austausch der Kriegsgefangenen.
3. Neutralisierung einer bestimmten Zone bis zur Verständigung über die Berichtigung der streitigen Grenzlinie.
4. Entfernung der für die Erhebung verantwortlichen Führer.

Erst wenn eine Einigung über diese Vorbedingungen erzielt sei, könnten die eigentlichen Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Madrider Abmachungen beginnen.

Nach einer weiteren Mitteilung der Agentur Havas wurden durch die Abmachungen von Madrid die wesentlichen Grundlagen für die eigentlichen Friedensverhandlungen wie folgt festgesetzt: Regelung der Rifgrenze am Werga, Gewährung einer Verwaltungsautonomie unter der Souveränität des Sultans an die Rifstämme sowie endlich Entwaffnung der Gegend und Ausübung einer militärischen Kontrolle über die betreffenden Landstriche.

Paris, 9. April.

Wie „Havas" aus Madrid berichtet, ermahnt das Ministerium in einem Communiqué die Presse und die Bevölkerung, die demnächst beginnenden Friedensverhandlungen mit Marokko nicht durch unerwünschte Veröffentlichungen und Gerüchte zu beeinträchtigen. Die Marokkofrage stelle sich heute unter günstigeren Bedingungen denn je dar. Es handele sich nur darum, die Früchte der militärischen Anstrengungen und der Opfer der Zivilbevölkerung zu ernten.

EP Paris, 10. April.

Der „Matin" schreibt, daß, obwohl für den Fall eines Zusammenbruches der Verhandlungen alles zu einer großen Frühjahrsoffensive vorbereitet sei, so wolle man doch jetzt Friedensverhandlungen eröffnen, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Man habe die Ueberzeugung gewonnen, daß weitere Kämpfe vermieden werden können, weil die moralische Lage Frankreichs in Marokko (?) sich verstärkt habe, während die Stellung Abd el Krims erschüttert sei. Es seien besonders die großen Stämme, die sich den Franzosen unterworfen hätten. Die Unterwerfung sei deshalb erfolgt, weil die Stämme sich überzeugt hätten, daß Frankreich und nicht Abd el Krim der stärkere sei.

Konsolidierung der landwirtschaftlichen Schulden.

Mit diesem Thema beschäftigt sich eine Denkschrift, die in landwirtschaftlichen Kreisen entstanden ist und die bereits sämtlichen Ministerien des Reiches und Preußens sowie der Reichsbank und den in Betracht kommenden Geldinstituten übergeben ist. Nachstehend veröffentlichen wir die wichtigsten Teile der Denkschrift.

In der Denkschrift wird zunächst mit durchschlagenden Argumenten der Ansicht entgegengetreten, daß nach Einführung der Rentenmark der Landwirt im Gegensatz zu anderen Erwerbszweigen reich geworden wäre. Es wird dargelegt, daß offenbar von dieser völlig irrigen Auffassung alle die staatlichen Maßnahmen, die gegen die Landwirtschaft in den letzten Jahren ergriffen wurden, ausgegangen sei. Besonders seien es die Steuerpolitik und die Preispolitik gewesen, die zu erheblichen Vermögensverlusten, zur Geldlosigkeit und Zahlungsunfähigkeit der Landwirtschaft geführt hätten. Die Landwirtschaft habe dem Staat und der Wirtschaft jahrelang das Blut gegeben und damit das ungeheure Notopfer gebracht, unter dem sie jetzt dahinsieche. Obwohl die Landwirtschaft die Grundlage der deutschen Gesamtwirtschaft ist, gesche von Regierungen und Parlamenten nichts Planmäßiges und Großzügiges zur Rettung der deutschen Landwirtschaft. Die zuständigen Stellen verkennen offenbar die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gesamtwirtschaft, die Tatsache, daß die landwirtschaftliche Produktion ein nur aus dem Vaterland jährlich immer wieder neu gewonnener Goldwert von 12 bis 15 Milliarden sei, daß allein die deutsche Milchproduktion einen jährlichen Goldwert von etwa 4 Milliarden Mark im Jahre habe, während z. B. die Gesamtförderung aller Braun- und Steinkohlen in Deutschland nur einen Wert von allerhöchstens drei Milliarden jährlich habe. Dieser Bedeutung der Landwirtschaft entsprechend, dürfe ihre Krise nicht durch tropfenweise Verabfolgung von Hausmitteln bekämpft werden. In diesem Sinne entwickelt die Denkschrift folgende Gedankengänge:

„Die

grundsätzlichste und erste Forderung

ist die: Es müssen die Unkosten und Lasten, die auf der landwirtschaftlichen Produktion ruhen, verringert werden. Soweit dies täglich gefordert wird durch Verringerung der öffentlichen Abgaben und sonstigen Lasten, sollen sie hier nicht unnötig wiederholt werden. Eine andere Last ist es, die auf der gesamten deutschen Wirtschaft am allerschwersten ruht: Es ist dies eine Last, die sich auf jeden Artikel vom Erzeuger bis zum Verbraucher so und so oft vervielfältigt und die Hauptschuld an der großen Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen trägt. Das ist der untragbare Kapitalzinsendienst. Er ist der Ruin unserer Wirtschaft.

Die Kreditunsicherheit und der unerträgliche Zinsendienst ist z. Z. die schädlichste Giftpflanze für unsere deutsche Wirtschaft. Soweit allerdings bisher die Lösung dieser Frage von Sachverständigen behandelt wurde, wurde von diesen stets das Register elementarer Wirtschaftsgewalten gezogen, und viele Kräfte waren sogleich bemüht, diese Forderung als undurchführbar hinzustellen. Für eine entschlossene Hand dürfte diese Frage kein „noli me tangere" bedeuten.

Das Kapital aus der Neuverschuldung der Landwirtschaft ist dem Staat und der Wirtschaft in den vergangenen Jahren zugute gekommen. Jetzt lasten diese Schulden zumeist als kurzfristige Hypotheken, offene Darlehen oder Wechsel auf der Landwirtschaft. Das hat eine Unsicherheit der Betriebe zur Folge und verursacht dauernd unnötige Spesen. Beides wirkt sich zum Nachteil der gesamten Volkswirtschaft aus. Der Zinsendienst für diese Schulden genügt allein, die Betriebe lebensunfähig zu machen.

Es ist nicht nur Pflicht, sondern auch aus Gründen der Selbsterhaltung des Staates und der gesamten deutschen Wirtschaft notwendig, diese aufgezwungenen Notopferschulden der Landwirtschaft zu konsolidieren zu einem tragbaren Zinssatz.

Es sei vorausgeschickt, daß man überzeugt sein darf, daß der Weg, der zur Erreichung dieses Zieles vorgeschlagen wird, auf verschiedene Widerstände stoßen wird. Aber auch die Schaffung der Rentenmark wurde bekämpft und für unmöglich gehalten. Dennoch darf man fest überzeugt sein, daß dieser Vorschlag, wenn er zur Durchführung gelangt, ebenso zum Ziele führen und zum Segen für das gesamte Volk werden wird wie einst die Schaffung der Rentenmark.

Es wird vorgeschlagen:

Zunächst die zurzeit nachweisbaren vorhandenen inländischen kurzfristigen Kredite und Wechselschulden der Landwirtschaft nach Bedarf bis zur Höhe von 50 Prozent des berichtigten Wehrbeitragswertes vom Reiche zu übernehmen. Das Reich läßt sich dafür

Der Handel mit dem Osten

(Nr. 6)

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Bauer „weniger belastet"!

Er soll rehabilitiert werden.

Mtb **Mainz**, 10. April.

Der ehemalige Reichskanzler Bauer war bekanntlich wegen seiner Beziehungen zu Barmat aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. Da sich neue Momente (!!! D. Red.) ergeben haben, die die Angelegenheit in einem weniger belastenden Licht erscheinen lassen, wird sich im Laufe des Monats April in Berlin ein Schlichtungsausschuß der Partei nochmals mit der Angelegenheit befassen. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses ist der hessische Landtagspräsident Adelung-Mainz ernannt worden.

Für den Aufbau eines nationalen Rußlands.

Entschließung des russischen Emigranten-Kongresses.

Paris, 9. April.

Der Kongreß der russischen Emigranten hat in seiner heutigen 6. Sitzung einstimmig zwei Entschließungen angenommen, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen: Das nationale Rußland muß die Rückkehr des Landes zu wirtschaftlichen und rechtlichen Normen betreiben, die auf der Grundlage unserer Zivilisation sich aufbauen, und besonders die Wiederherstellung des Regimes des Privateigentums erstreben. Was insbesondere das Agrarproblem betrifft, so ist zu betonen, daß der Kongreß aus der Erwägung heraus, daß die Lösung von Einzelheiten nur in Rußland selbst durchgeführt werden kann, erklärt, daß das Land denjenigen überlassen bleibe, die es gegenwärtig bebauen, und daß diese Eigentümer anerkannt werden würden.

Ersetzung der Regierung Briand durch Herriot und Malvy?

TU **Paris**, 10. April.

Die politischen Rückwirkungen von Malvys Rücktritt beschäftigen heute morgen den größten Teil der Pariser Presse. Die Rechtspresse schreibt, der Rücktritt Malvys werde zur Folge haben, daß die Regierung Briand beim Wiederzusammentritt der Kammer vom Kartell der Linken gestürzt werden würde. Der „Avenir" hält die politische Situation für geklärt. Das Kartell werde den Sturz des Kabinetts Briand herbeiführen. Dann werde Herriot gemeinsam mit Malvy die Macht übernehmen. Die verkappte Revolution trete in ihre aktive Phase ein. Die Linkspresse dagegen ist der Ansicht, daß die Regierung Briand auch nach dem Rücktritt Malvys nur mit der Linken regieren könne.

Annäherungsversuche der Revolutionsführer an die Belagerer von Peking.

Peking, 10. April.

Die Kuomintschun-Führer haben Wupeifu gebeten, nach Peking zu kommen, um die politische Lage wiederherzustellen. Zugleich haben sie den früheren Präsidenten Tsaotun auf freien Fuß gesetzt. Der Oberbefehlshaber der Kuomintschun-Armee, Lutschunglin, der sich infolge der Unzufriedenheit über die Haltung des Generals Fengjuhsiang, der zugunsten Lutschunglins vom Kommando zurücktrat, unter den Befehl Wupeifus gestellt. Der Präsident Tuantschijui ist zurückgetreten.

Der neue französische Ackerbauminister.

Paris, 10. April.

An Stelle des zum Innenminister ernannten bisherigen Ackerbauministers Durand ist der radikale Abgeordnete Binet heute vormittag zum Ackerbauminister ernannt worden.